

MISZELLEN

Der Parlamentarische Rat 1948/49 im Rückblick. Das erste „Rhöndorfer Gespräch“ mit Zeitzeugen und Zeithistorikern 1969

Von Rudolf Morsey

Die vermutlich frühesten Gespräche von Zeithistorikern mit einem größeren Kreis von Zeitzeugen über einzelne Themen aus der Epoche zwischen den beiden Weltkriegen fanden 1961 und 1962 in Würzburg statt, veranstaltet von der Katholischen Akademie in Bayern (Dr. Karl Forster). Sie galten der politischen Wirksamkeit deutscher Katholiken in den Jahren 1928 bis 1934. Diese „geschlossenen Tagungen“ führten im September 1962 zur Gründung der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern, seit 1967 in Bonn und dort, seit 1972, als Kommission für Zeitgeschichte e.V.¹

1969 folgte eine vergleichbare Klausurtagung im Wohnhaus des zwei Jahre zuvor verstorbenen Bundeskanzlers (1949–1963) Konrad Adenauer (1876–1967) in Bad Honnef-Rhöndorf. Es war seit Dezember 1967 durch Vertrag der Erben Adenauers mit der Bundesrepublik Deutschland Teil einer bundes-eigenen Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus. Sie sollte eine Gedenkstätte errichten und den Nachlass Adenauers der Forschung und der Öffentlichkeit zugänglich machen. Die entsprechenden Vorarbeiten erfolgten im Bundesministerium des Innern (BMI), Referat K 1, in Bonn. Dabei ging es zunächst darum, die Stiftungsorgane – Kuratorium, Vorstand und Beirat – zu konstituieren.

Den Vorsitz des am 17. Januar 1969 konstituierten Kuratoriums übernahm Bundesminister a.D. Paul Lücke (1914–1976). Den Beirat bildeten Bundesminister a.D. Dr. Heinrich Krone (1895–1989), Staatssekretär a.D. Dr. Hans Globke (1898–1973) und der Präsident des Bundesarchivs in Koblenz, Dr. Wolfgang Mommsen (1907–1986), den Vorstand Prof. Dr. Hans Buchheim (Jg. 1922), Ordinarius für Politikwissenschaft in Mainz, und Ministerialrat Dr. Carl Gussone (1907–1993), Leiter des zuständigen Referats im BMI. Buchheim war deswegen für diese Aufgabe ‚qualifiziert‘, weil er in der Zeit von April 1963 bis September 1966 das Schriftgut Adenauers im Bundeskanzleramt hatte einsehen können, als Grundlage für eine von ihm beabsichtigte Darstellung von dessen Politik. Für diese aus Mitteln des BMI geförderte For-

1 Dazu Rudolf MORSEY, *Gründung und Gründer der Kommission für Zeitgeschichte 1960–1962*, in: *Historisches Jahrbuch* 115 (1995), S. 453–485.

schung war ihm im Palais Schaumburg in Bonn ein eigenes Zimmer „mit Tresor“ (für die klassifizierten Akten) zur Verfügung gestellt worden.

Einen entsprechenden Antrag auf „unbeschränkten“ Aktenzugang hatte er, als Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte in München, am 4. August 1962 bei Staatssekretär Globke gestellt und zu dessen Begründung erläutert: „Der Gedanke, die jüngste deutsche Geschichte auf diese Weise zum Forschungsgegenstand zu machen, ist mir nicht zuletzt durch ein Gespräch mit Herrn Minister Krone und Herrn Dr. Schauff² gekommen, bei dem es um die Aufgabenstellung für die im September zu gründende Kommission für die Gegenwartsgeschichte des deutschen Katholizismus ging. Beide Herren vertraten dabei den Standpunkt, dass die Forschungen der Kommission unmittelbar den Ereignissen folgen müssten, auch wenn eine Publikation noch nicht möglich sei; denn es sollte für die deutschen Katholiken nicht noch einmal die Situation entstehen, dass ein Abschnitt ihres politischen Wirkens ins Zwielicht gerate, ohne dass genügend Material zur Verfügung stünde, die Dinge richtig zu stellen.“³

Im Frühjahr 1969 akzeptierte das Kuratorium der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus den von Buchheim entwickelten Plan, anlässlich des bevorstehenden 20. Jahrestags der Verabschiedung des Grundgesetzes frühere Mitglieder dieses Gremiums zu einer Klausurtagung über die Arbeit des Parlamentarischen Rates nach Rhöndorf einzuladen. Dabei sollten, wie in den erwähnten Würzburger Tagungen von 1961/62, die Buchheim kannte, jeweils Historiker die Diskussionsbeiträge der Zeitzeugen durch zwei „Impulsreferate“ – dieser Terminus wurde damals allerdings noch nicht benutzt – einleiten. Im April 1969 lud Hans Buchheim mich ein – ich war seit September 1966 Ordinarius für Neueste Geschichte in Würzburg und seit November 1968 Präsident der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn –, eines dieser Referate zu übernehmen, als dessen Thema ich vorschlug: „Konrad Adenauer und der Parlamentarische Rat“.

Mitte Mai 1969 stand fest, dass Eberhard Pikart (Jg. 1923), Kustos des 1964 errichteten Theodor-Heuss-Archivs in Stuttgart,⁴ das einleitende Referat, „Der

2 Johannes Schauff (1902–1990), Siedlungsexperte in Berlin, 1932/33 MdR (Zentrum), 1937 Emigration nach Brasilien, nach 1947 zunächst von Genf aus international tätig in Flüchtlings- und Siedlungsfragen, Initiator der Kommission für Zeitgeschichte. Vgl. MORSEY, *Gründung* (wie Anm. 1); Dieter Marc SCHNEIDER, *Johannes Schauff (1902–1990). Migration und „Stabilitas“ im Zeitalter der Totalitarismen*, München 2001.

3 Bundesarchiv Koblenz, B 136/3738.

4 PIKART hatte 1967, unter Mitarbeit von Dirk MENDE, den Katalog einer Ausstellung *Theodor Heuss. Der Mann, das Werk, die Zeit*, Tübingen 1967, bearbeitet. Darin war auch Heuss' Tätigkeit im Parlamentarischen Rat behandelt, S. 266–275. In Bd. 1 der *Adenauer-Studien*, hg. von Rudolf MORSEY und Konrad REPGEN, erschien sein Beitrag *Theodor Heuss und Konrad Adenauer. Ihr Verhältnis zu Demokratie und Parlamentarismus*, Mainz 1971, S. 58–70.

Parlamentarische Rat. Probleme und Thesen“, halten würde; denn er plante, eine Geschichte des Parlamentarischen Rates zu schreiben.⁵ Ferner hatten inzwischen Thilo Vogelsang (1918–1978), Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte in München, und Frederic Spotts, Mitglied der Botschaft der USA in Bonn – auf Vorschlag von Pikart, der ihn kannte –, ihre Teilnahme zugesagt. Spotts arbeitete an einer Darstellung „Die Kirchen und die Politik in Deutschland“ nach 1945.⁶

Eingeladen wurden sieben ehemalige Mitglieder des Parlamentarischen Rates: Paul Binder, Georg Diederichs, Hubert Hermans, Hans Reif, Carlo Schmid, Josef Schwalber und Walter Strauß. Diederichs (SPD), Ministerpräsident von Niedersachsen, sagte zunächst zu, war dann jedoch an der Teilnahme verhindert, auch Josef Schwalber (CSU), bayerischer Kultusminister a.D.; er starb wenige Wochen später. Ferner nahmen weitere eingeladene Persönlichkeiten an der ganztägigen Veranstaltung, die durch ein Mittagessen auf dem Petersberg unterbrochen werden sollte, nicht teil: Staatssekretär a.D. Hans Globke (wegen Krankheit), Bundesminister a.D. Paul Lücke, Dr. Konrad Adenauer (Köln), der älteste Sohn des Bundeskanzlers, sowie Anneliese Poppinga⁷, die letzte Sekretärin Adenauers und Mitarbeiterin der Stiftung. Als einziger Pressevertreter war Dr. Friedrich Karl Fromme (FAZ) eingeladen, der auch einen umfangreichen Bericht über die Tagung veröffentlichte.⁸

Die im Folgenden abgedruckten „Notizen“ über die Klausurtagung am 16. Juni 1969 werden nach der Kopie einer maschinenschriftlichen Fassung veröffentlicht.⁹ Der Protokollant ist nicht bekannt.

5 Daraus ist nichts geworden.

6 Die amerikanische Ausgabe *The Churches and Politics in Germany* erschien 1973 in New York, eine Übersetzung *Kirchen und Politik in Deutschland* 1976 in Stuttgart. Am 8. Mai 1969 hatte Spotts (an Buchheim) seine Bereitschaft erklärt, aus seinem „Buch“ – gemeint war dessen Manuskript – den „sehr kurzen Überblick über kirchliche Belange und kirchlichen Einfluß (oder Mangel des Einflusses in der Arbeit des Parlamentarischen Rates) vorzutragen“. Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (StBKAH), Geschäftsakten 1969. Für den Hinweis auf diesen Bestand danke ich Herrn Dr. Hans Peter Mensing.

7 Anneliese Poppinga (Jg. 1928), Mitarbeiterin der Stiftung, wurde vom Kuratorium ab Oktober 1969 auf die Dauer von drei Jahren „zum Abschluss ihres Studiums“ beurlaubt.

8 „Wie das Grundgesetz wirklich zustande kam. Ein Streitgespräch von Historikern und Dabeigewesenen im Adenauer-Haus in Rhöndorf“, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 24. Juni 1969.

9 StBKAH, Geschäftsakten.

*Notizen von der Tagung im Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf
am 16. Juni 1969*

Teilnehmer: Staatssekretär a.D. Dr. Paul *Binder*,¹⁰ Stuttgart; Archivdirektor Dr. Hans *Booms*,¹¹ Koblenz; Professor Dr. Hans *Buchheim*, Mainz; Dr. Karl Friedrich *Fromme*,¹² Bonn; Ministerialrat Dr. Carl *Gussone*, Bonn; Staatssekretär Hubert *Hermans*,¹³ Güls/Mosel; Amtsrat *Kehlsdorf*,¹⁴ Bonn; Professor Dr. Rudolf *Morsey*, Würzburg; Dr. Eberhard *Pikart*, Stuttgart; Professor Dr. Hans *Reif*,¹⁵ Berlin; Professor Dr. Carlo *Schmid*,¹⁶ Bonn; Mr. Frederic *Spotts*, Bad Godesberg; Staatssekretär a.D. Dr. Walter *Strauß*,¹⁷ Luxembourg; Frau Libet *Werhahn* geb. Adenauer,¹⁸ Neuss; Dr. Thilo *Vogelsang*, München.

Leitung der Diskussion: Professor Dr. *Buchheim*, der eingangs die Methodik dieser Tagung erläuterte, nämlich dahin, daß Wissenschaftler ihre aus den bisher zugänglichen Quellen gewonnenen Forschungsergebnisse Politikern vortragen, die Handelnde bei den beschriebenen Vorgängen gewesen sind, damit diese kontrollieren, korrigieren, erweitern und ergänzen. Die Tagung begann mit einem Referat von Dr. *Pikart*, „Der Parlamentarische Rat. Probleme und Thesen“.

Pikart: Die Bedeutung des Parlamentarischen Rates läge a) darin, Institution zur Ausarbeitung des Grundgesetzes zu sein, b) Institution zur Ausbildung des parteipolitischen Kräftespiels oberhalb der Länderebene.

-
- 10 Paul Binder (1902–1981), MdPR Württemberg-Hohenzollern (CDU), vgl. Frank MÜLLER, in: Winfried BECKER u.a. (Hg.), *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, Paderborn 2002, S. 194f.
- 11 Dr. Hans Booms (1924–2007), Präsident des Bundesarchivs 1972–1989.
- 12 Die Dissertation von Friedrich Karl FROMME (1930–2007), *Von der Weimarer Verfassung zum Bonner Grundgesetz*, Tübingen 1960, war 1962 in 2. Aufl. erschienen.
- 13 Hubert Hermans (1909–1989), MdPR Rheinland-Pfalz (CDU) ab 5. Mai 1949; vgl. Michael F. FELDKAMP, *Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Die Entstehung des Grundgesetzes*, Göttingen 1998, S. 188.
- 14 Kehlsdorf, Mitarbeiter von Gussone im Referat K 1 des BMI.
- 15 Hans Reif (1899–1984), MdPR Berlin (FDP); vgl. FELDKAMP, *Der Parlamentarische Rat* (wie Anm. 13), S. 186.
- 16 Carlo Schmid (1896–1979), MdPR Württemberg-Hohenzollern (SPD) Vorsitzender der SPD-Fraktion und des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates, 1966–1969 Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder; vgl. Petra WEBER, *Carlo Schmid 1896–1996*, München 1996.
- 17 Walter Strauß (1900–1976), MdPR Hessen (CDU), Mitglied des Gerichtshofs der europäischen Gemeinschaften in Luxemburg; vgl. Friedemann UTZ, *Preuße, Protestant, Pragmatiker. Der Staatssekretär Walter Strauß und sein Staat*, Tübingen 2003.
- 18 Tochter von Konrad Adenauer (Jg. 1928), Mitglied des Beirats der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus.

1947 habe Külz¹⁹ von der LDP (siehe Nachlass im Bundesarchiv) auf Initiative der SED eine Aufforderung an die deutschen Politiker ergehen lassen, eine Art gesamtdeutschen Rat zu bilden. Heuss²⁰ sei der Meinung gewesen, daß dieser Vorschlag der deutschen Entwicklung abträglich werden würde. So habe sich keine einheitliche Parteimeinung in der Zeit, 1947, herausgebildet. Das bot den Besatzungsmächten die Möglichkeit, die verschiedenen Politiker nacheinander auszuspielen.

Heuss [äußerte] 1947: Eine gesamtdeutsche Repräsentation könne man jetzt nicht aufbauen. In einem Brief von 1953 habe Heuss sich geäußert zu dem Vorwurf, Adenauer sei schuld an der Spaltung. Er habe dann darin ausgeführt, daß diese Darstellung denn doch zu einfach sei. Entscheidend sei gewesen, daß sofort nach der Potsdamer Konferenz [17. Juli bis 2. August 1945] die SBZ sowjetisiert worden sei, gesellschaftspolitisch sozialisiert. In dieser gesellschaftspolitischen Veränderung läge der erste Anlaß zur deutschen Spaltung.

1948 ist ein politischer Schwebezustand in den Zonen entstanden. Man weiß, eine schnelle Wiedervereinigung nach westlichen Vorstellungen ist nicht möglich. Heuss bekannte 1953 in jenem Brief, er habe sich an der Arbeit des Parlamentarischen Rates vor allem beteiligt, um Sonderentwicklungen in den Zonen, hier vor allem in der französischen Zone, zu bekämpfen.

Ein Kabinettsprotokoll aus Württemberg aus dem Jahre 1948 ist (mutmaßlich) die Quelle für die Feststellung, daß Clay sich in heller Verzweiflung befunden habe über das Zögern der deutschen Politiker, in eine Vereinigung der Zonen einzusteigen.²¹ Er habe gewarnt vor dieser Haltung, die bedeute, daß man dem französischen General König²² die Gestaltung Westdeutschlands damit allein überlasse.

Pikart formulierte folgende Thesen:

1. Nach dem 1.7.1948²³ sahen die westdeutschen Politiker nur zwei Möglichkeiten:
 - a) eine Westlösung zu verzögern,
 - b) wenn nicht, ein nur provisorisches Staatsgebilde anzustreben.

19 Wilhelm Külz (1875–1948), 1945 bis zu seinem Tod Vorsitzender der LDP in Berlin und zeitweilig, zusammen mit Theodor Heuss, der Liberalen in den vier Besatzungszonen.

20 Theodor Heuss (1884–1963), MdPR Württemberg-Baden (FDP), 1949–1959 Bundespräsident.

21 Lucius D. Clay (1897–1978), 1947 bis Mai 1949 Militärgouverneur der USA, hatte sich am 14. Juli 1948 gegenüber den vier Länderchefs in der US-Zone entsprechend geäußert, nach der Konferenz der elf Ministerpräsidenten der Westzonen am 7.–10. Juli 1948 auf dem Rittersturz bei Koblenz.

22 Pierre Koenig (1898–1970), 1945–1949 französischer Militärgouverneur.

23 An diesem Tag übergaben die Militärgouverneure Clay, Koenig und Sir Brian Robertson (für Großbritannien, s. Anm. 38) den elf Ministerpräsidenten in den drei Westzonen die „Londoner Empfehlungen“ mit dem Angebot zur Gründung eines Weststaats.

2. Vor Beginn der Arbeit des Parlamentarischen Rates hatten sich mit Vorarbeiten beschäftigt
 - a) die Kabinette der Länder und die Zonenorganisationen,²⁴
 - b) die politischen Parteien, und zwar zwei große Parteien, von denen keine abseits stand.

Bei den Ländern herrschte im Juni 1947

- a) die Tendenz, ein Direktorium der Länder als Spitze des provisorischen Staatsgebildes zu schaffen, das Partner des Kontrollrats in Berlin sein solle (Vertragsentwürfe lägen vor),
- b) eine von den Ländern unabhängige Spitze, deren Träger die politischen Parteien sein sollten. Dies bedeutete die Rückkehr der Parteien in eine den Ländern übergeordnete Position. Diese Tendenz fand in Süddeutschland viel Gegenkräfte.

Pikart sprach von Differenzen der CDU, sprich Adenauer, mit den Politikern der zonalen Verwaltung. *Pikarts* Frage: Wählte die CDU Bonn als Tagungsort des Parlamentarischen Rates, um freie Hand für die Ausgestaltung der Bundesverwaltung zu bekommen; strebte die SPD Frankfurt an, um an die alte Verwaltung anknüpfen zu können?

Was sich in Bonn abspielte beim Werden der Bundesrepublik, war nur Teilvorgang eines atlantischen Vorgangs. Im Parlamentarischen Rat fühlten sich die Abgeordneten schon rasch nicht mehr als Vertreter der Länder, sondern als Vertreter ihrer politischen Parteien. Der stärkste Mann der SPD, Schumacher²⁵, gehörte nicht zum Parlamentarischen Rat. Ollenhauer trat erst sehr spät ein.²⁶

Hier Einwurf von *Schmid*: Alles bisher Vorgetragene stamme aus „mediokren Quellen“. Es sei kein Vorwurf, aber es sei traurig. Vieles stehe eben nicht in den Quellen und könne auch gar nicht darin stehen.²⁷

Schmid: Das Ergebnis des Parlamentarischen Rates stand zu Dreivierteln fest, ehe dieser überhaupt mit seinen Beratungen begann. Zum Beispiel: Trizone entstand wesentlich, weil er sich, verkleidet, mit General König in den Schwarzwaldwäldern traf.²⁸

24 Der Länderrat in der amerikanischen Zone und der Zonenbeirat in der britischen Zone. In der französischen Zone war kein länderübergreifendes Gremium erlaubt.

25 Kurt Schumacher (1895–1952), Vorsitzender der SPD.

26 Erich Ollenhauer (1901–1963), stellvertretender Vorsitzender der SPD, MdPR (Hessen) seit 20. Mai 1949; vgl. FELDKAMP, *Der Parlamentarische Rat* (wie Anm. 13), S. 188.

27 Nach Frommes Bericht in der FAZ über diese Tagung (wie Anm. 8) hat „einer der Politiker frank und frei sein Entsetzen geäußert, „daß auf Grund solcher Akten Geschichte geschrieben wird.“ Bereits am 2. August 1944 hatte Schmid (aus Lille) an seine Frau geschrieben: „Wehe dem, der aus den Akten erfahren will, wie es denn eigentlich zugegangen ist.“ WEBER, *Schmid* (wie Anm. 16), S. 186, 815.

28 Nicht erwähnt bei WEBER, *Schmid* (wie Anm. 16). Eine „Trizone“ ist infolge der Ablehnung der französischen Militärregierung nicht zustande gekommen.

Strauß: Die Ausschußprotokolle seien nicht vollständig, denn diese Protokolle hätten den Besatzungsoffizieren, den Liaison-Officers, zugesandt werden müssen. Deshalb habe man vieles eben nicht ins Protokoll gesprochen.

Schmid: Der „schöne Rasmus“, der Franzose, habe eine möglichst handlungsunfähige Bundesregierung erstrebt.

Binder bestätigt, die Vorstellungen der Besatzungsmächte wären für die Beratungen belastend gewesen. Man habe manches gewollt, weil man es als vorbildlich empfand, anderes, weil man es für opportun hielt.

Schmid zitiert Clay: „Wir machen es in Georgia in USA so, warum sollte es hier nicht auch gut sein.“ Zuweilen seien über die Liaison-Officers die Erfahrungen von Kolonialoffizieren auch noch in die Beratungen eingedrungen.

Für die Beratungen des Parlamentarischen Rates seien der Fünfer- und der Siebenerausschuß am wichtigsten gewesen, und von diesen Ausschüssen gäbe es keine Protokolle.²⁹

Strauß: Es gab kein Mitglied des Parlamentarischen Rates, das nicht einen Beruf ausüben hatte. So blieb wenig Zeit, Aufzeichnungen anzufertigen.

Es wird ein Buch von einem Roy Willis erwähnt „Die Politik der französischen Besatzungsmacht“, 2. Auflage.³⁰

Pikart berichtet von starken Spannungen innerhalb der SPD bei der Kandidatenauslese. Zwei verschiedene Tendenzen hätten sich dabei bekämpft. Die eine wurde vertreten von Exponenten wie Reuter³¹ und Kaiser³², die der Meinung waren, man müsse einen möglichst starken Weststaat bauen, der auf die SBZ wie ein Magnet wirke. Schumacher sei der Meinung gewesen, je mehr Perfektionismus hier, um so mehr auch drüben. Also muß man zögern und bremsen, um abzuwarten. Schumacher habe sich unter der Einsicht stets ablehnend verhalten: Was hier geschieht, ist alliierte und keine deutsche Politik.

Binder: Wir wollten den Bund finanzstark machen, weil man Reparationszahlungen fürchtete und weil man die Länder davon freizuhalten trachtete.

29 Von beiden Ausschüssen sind sämtliche Protokolle erhalten, Druck: *Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle*. Bd. 11: *Interfraktionelle Besprechungen*, bearb. von Michael F. FELDKAMP, München 1997. Als Vorsitzender seiner Fraktion hatte Schmid durchgesetzt, dass über deren Sitzungen keine Protokolle angefertigt wurden und im September 1948 im Hauptausschuss vor einer Veröffentlichung der Ausschussberichte gewarnt. WEBER, *Schmid* (wie Anm. 16), S. 364.

30 F. Roy WILLIS, *France, Germany, and the New Europe 1945–1967*, Oxford 2¹⁹⁶⁸. [1. Aufl. 1960, Stanford, Ca].

31 Ernst Reuter (1889–1953), 1948 Oberbürgermeister, seit 1950 Regierender Bürgermeister von West-Berlin (SPD).

32 So im Original. Gemeint: Wilhelm Kaisen (1887–1979), Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen.

Schmid: Alle politischen Entscheidungen lagen bis 1955 auf dem Petersberg.³³

Strauß exemplifizierte das mit der Parole der Alliierten: Gegen dies oder das Gesetz müssen wir Einspruch erheben; dann können wir es doch gleich anders machen, und zwar so, wie wir uns das vorstellen.

Schmid: „Es gibt eine föderalistische Neurose, so wie es natürlich auch eine zentralistische Neurose gibt.“ Ursprüngliche Idee: wir gründen einen Bund deutscher Länder. Dahinter steckt die Illusion: dann können etwa Brandenburg oder Mecklenburg eines Tages erklären, wir schließen uns ganz einfach diesem Bund an.

Bemerkenswert charakteristisch für die damalige Zeit war eine große Unsicherheit der Vorstellungen, so groß, wie sie heute unvorstellbar sei. Wer richtig tippte, hatte halt Glück. In der französischen Zone: Zeitungen nicht zugänglich (ich als Regierungschef³⁴ mußte mir ‚Le Monde‘ schwarz besorgen). Telefon war auf Mithören geschaltet.

Hermans: Strittig war eine Weile das Prinzip für die Auswahl der Ratsmitglieder; sollte bei der Auswahl das Recht der Mehrheit gelten oder ein prozentualer Anteil? Hier habe sich vor allem Josef Müller,³⁵ der Ochsenpepp, gewaltig eingesetzt, sei durch wirklich alle Zonen gereist und habe für die Idee geworben, nicht die Mehrheitsverhältnisse auszunutzen, weil sonst der Norden nur von der SPD und der Süden nur von der CDU vertreten würde.³⁶

Schmid: Bei der Zusammensetzung des Parlamentarischen Rates fällt die Pressure-Group der Beamten, der Juristen auf. Es fällt die Zahl 62 %. Schmid erläutert, daß dies unvermeidbar gewesen sei, weil der Parlamentarische Rat keine Ministerialbürokratie zur Verfügung gehabt hätte.

Pikart: Kompromißverhandlungen fanden im Fünferausschuß statt. Hier bewies Adenauer sein großes Verhandlungsgeschick. Hier ging die Beratung in die politische Phase. Hier konnte man sorgen für die Aufnahme in der Öffentlichkeit, für eine Ausgangsbasis zur ersten Bundestagswahl.

Es kommt zur Erörterung der Krise im April 1949 durch die SPD.³⁷ Man stellt wieder die Frage: haben die Engländer die SPD unterrichtet, daß die Al-

33 Amtssitz der Alliierten Hohen Kommission.

34 Carlo Schmid war 1946/47 als Präsident des Staatssekretariats in Tübingen Landeschef in Württemberg-Hohenzollern gewesen.

35 Josef Müller (1898–1979), 1946–1949 Vorsitzender der CSU; vgl. Hans-Otto KLEINMANN, in: Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN (Hg.), *Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union*, Freiburg i.Br. 2004, S. 371–378.

36 Die Wahl der Delegierten zum Parlamentarischen Rat durch die einzelnen Landtage war teilweise nach dem Anteil der bei den letzten Wahlen erzielten Ergebnisse erfolgt, teilweise nach der Zahl der Mandate. Vgl. FELDKAMP, *Der Parlamentarische Rat* (wie Anm. 13), S. 35–39.

37 Vgl. WEBER, *Schmid* (wie Anm. 16), S. 374–389; FELDKAMP, *Der Parlamentarische Rat* (wie Anm. 13), S. 163–174.

liierten letztlich flexibel sein würden und erklärt sich dadurch der Widerstand der SPD?

Dagegen sagt *Schmid*, Brian Robertson [habe geäußert]:³⁸ Die Alliierten sind nicht nur nicht flexibel, sondern er warne die SPD ausdrücklich, so starr zu sein.

Die ablehnende Haltung der SPD ist also nicht auf einen Wink der Labour-Regierung zurückzuführen, sondern die SPD habe sich auf den Grundsatz versteift: unter ein bestimmtes Limit gehen wir nicht. Wir wollen einen funktionsfähigen Staat haben. Wir können hier pressen, denn die Alliierten sind an der Entstehung einer Bundesrepublik mehr interessiert als die deutschen Politiker. Die Alliierten wollten einen Brückenkopf in Europa bilden, der geeignet sei, der kommunistischen Infiltration standzuhalten.

Hierzu *Pikart*: Die von der SPD ausgelöste Krise war nicht nur ein Reflex der alliierten Politik, sondern auch ein Stück Innenpolitik. Adenauer habe sich damals erstmals der FDP genähert. Das innenpolitische Spiel ging zu dem Zeitpunkt los und wirkte auf den Parlamentarischen Rat ein. Allgemein sei man der Meinung gewesen, Adenauer wird Bundespräsident, man bildet eine große Koalition unter Führung der SPD. *Pikart* stellt fest, daß Adenauer ein liberaler Kirchenmann gewesen sei.

Schmid ergänzt dies mit einem Zitat: Adenauer habe einmal dem Prälaten Böhler³⁹ gesagt, die Kirche kann weder Ja noch Nein sagen, nur Amen. Adenauer habe stets Schwierigkeiten gehabt, sich kirchliche Scharfmacher vom Halse zu halten.

Pikart: Die Alliierten forderten eine große Koalition. Adenauer habe gleich von Anfang an eine kleine Koalition mit der FDP angesteuert.

Schmid unterstreicht noch einmal die Alternative, soll hier

- a) ein Weststaat konstituiert werden,
- b) ein Teilstaat, der bei sich bietender Gelegenheit die brachliegende Reichsstaatlichkeit aufgreift?

Es ist der Antagonismus zwischen Reuter und Schumacher.

Herrenchiemsee:⁴⁰ Standpunkt der Länder; eine *deutsche* Staatlichkeit gibt es nicht mehr. Es gibt nur Länder. Wenn etwas geschieht, dann durch einen konstitutiven Akt der Länder (nicht als Akt der Volkssouveränität).

Schmid: Die andere Tendenz war: wir müssen uns als Nation betätigen. Die Länder können nicht Quelle der konstitutiven Aktion sein.

38 Sir Brian Robertson (1896–1974), 1947–1949 britischer Militärgouverneur.

39 Wilhelm Böhler (1891–1958), Domkapitular in Köln, Mitarbeiter des Kölner Erzbischofs Josef Kardinal Frings.

40 Auf Herrenchiemsee tagte vom 10. bis 23. August 1948 der aus Sachverständigen der Länder bestehende Verfassungskonvent, der einen Verfassungsentwurf erarbeitete.

Viele Mitglieder des Parlamentarischen Rates hätten sich weniger um die politische Frage gekümmert, in welchem Verhältnis soll das zu schaffende Staatsgebilde zu den die Souveränität ausübenden Besatzungsmächten stehen, zur „Fremdherrschaft“. Doch diese Problematik sei nur von wenigen beachtet worden. Den meisten sei es nur darum gegangen, möglichst schnell eine perfektionierte Maschinerie zu schaffen, die dem Chaos steuert. Auch dieser Standpunkt sei sehr ehrenwert gewesen.

Ein anderes politisches Problem habe das Elternrecht gestellt, das, wie Schmid erläutert, von der SPD im Kaiserreich herkommt, wo sie das Recht verlangte, in nichtkonfessionsgebundene Schulen die Kinder schicken zu können. Im Parlamentarischen Rat habe sich Adenauer, so Schmid, ein großes Verdienst erworben dadurch, daß er dieses Problem sehr entideologisiert habe, denn damals wäre das Problem Elternrecht ein so großes Problem gewesen, daß daran das ganze Grundgesetz hätte scheitern können. Adenauer und Schmid traten bei den Vorstellungen für die zweite Kammer gemeinsam für ein Senatsprinzip ein, sind aber beide damit unterlegen.

Der Parlamentarische Rat habe versucht, im künftigen Staatsgebilde die Macht zu streuen. Ein Teil aber sei sich darin einig gewesen, daß man die Macht nicht vom Länderinteresse her streuen solle, sondern regional oder auf verschiedene Art und Weise. Erwähnt wird ein bayerischer Beamter namens Ringelmann,⁴¹ den Schmid als „Rechnungsrat mit Eichenlaub und Schwertern“ apostrophiert.⁴²

Finanzproblem: Bund nicht so stark, war die Tendenz der Franzosen und vieler, vor allem süddeutscher Politiker.

Bei der Frage der konkurrierenden Gesetzgebung habe die SPD eisern das Prinzip vertreten: Der Bund muß das Gesetzgebungsrecht haben für alle über die Länder hinaus vergleichbaren Lebensverhältnisse. Ebenso eisern hätten die Franzosen dieses Prinzip abgelehnt. Nach einem langen Gespräch zwischen Schmid und François-Poncet⁴³ wollte letzterer in Paris eine für die SPD verständnisvollere Haltung vertreten.

41 Dr. Richard Ringelmann (1889–1965), Ministerialdirektor im Bayerischen Finanzministerium, Beauftragter für Finanzfragen beim Parlamentarischen Rat.

42 Nach dem Tagungsbericht von F. K. FROMME (wie Anm. 8) hat C. Schmid den Ministerialdirektor „wohl nicht ganz im Ernst als die eigentlich starke Figur aus Bayern“ bezeichnet, eine „Figur aus föderalistischen Steinzeiten“, der für möglichst viel bayerische Finanzsouveränität gestritten habe. Dieses Zitat aus Frommes Bericht ist erwähnt bei WEBER, Schmid (wie Anm. 16), S. 375.

43 André François-Poncet (1887–1978), 1948/49 Berater des französischen Militärgouverneurs, 1949–1953 Hochkommissar, dann Botschafter in Bonn (bis 1955).

Ein anderes Problem: Finanzverwaltung Bund oder Länder.

Binder: In der CDU sei man sich darüber klar gewesen, wenn man die SPD dazu bewegen wolle zuzustimmen, daß es keine Bundesfinanzverwaltung gäbe, dann müsse man ihr aber eine große andere Konzession machen. Im März 1949 sei es darüber zum großen Krach gekommen, der von der CSU angeheizt worden sei mit der Parole: Finanzen an die Länder. Bei der Schlichtung dieses Streites habe Höpker Aschoff⁴⁴ sich ein großes Verdienst erworben.

Ich habe den Kompromiß ausgearbeitet oder ausgehandelt, Zollverwaltung an den Bund, Erbschafts-,⁴⁵ vielleicht auch Einkommensteuer an die Länder.

Schmid zur Haltung der Besatzungsmächte: Franzosen wollten ein staatliches Gebilde mit schwacher Zentrale. Den Briten sei diese Frage wurscht gewesen, die USA seien mit missionarischem Eifer vorgegangen, sie hätten den Deutschen das beste bringen wollen, was auch sie hätten. Die Amerikaner seien dabei ohne Arg, ohne eigenes politisches Interesse gewesen. Dennoch aber seien Missionare immer schwieriger, weil doktrinär. Dabei habe sich ein Mr. Simons (engl. Aussprache!), der Sohn des früheren deutschen Außenministers,⁴⁶ hervor getan.

Strauß behauptet, alle ehemaligen Deutschen bei den Amerikanern hätten im allgemeinen geholfen, wo sie nur konnten. Lediglich Simons und Löwenstein⁴⁷ hätten eine Ausnahme gemacht.

Schmid: Die Alliierten hätten nach Kriegsende in der Überzeugung gelebt: Die Welt wird friedlich sein, wenn man erst Japan und Deutschland für 50 Jahre ausgeschaltet hat. Dem entsprach die Instituierung eines alliierten Kontrollrats über der deutschen Verwaltung. Doch dann merkte man rasch, die Sowjetunion ist ja gar nicht saturiert. Es kam Lublin, es kam Prag. Und er habe zu Clay gesagt, es ist schon schwer, das eigene Land zu regieren, um wieviel schwieriger ist es, ein fremdes zu regieren. Und Clay sei der Meinung gewesen: das Vakuum Deutschland muß gefüllt werden, damit nicht Stalin es füllt. Schmid ergänzte, dieses Vakuum zu füllen, war Hauptgrund und Hauptanlaß, so früh – zu früh für deutsche Vorstellungen – ein Staatsgebilde zu gründen. Dieser Gesichtspunkt und diese Einsicht habe schließlich auch die

44 Hermann Hoepker Aschoff (1883–1954), MdPR Nordrhein-Westfalen (FDP); vgl. Frank SPIEKER, *Hermann Hoepker-Aschoff – Vater der Finanzverfassung*, Berlin 2004.

45 Im Text: „Erwerbs-(?)...Steuer“.

46 Hans Simons (1893–1972), Leiter des US-Verbindungsbüros beim Parlamentarischen Rat. Sein Vater Walter Simons (1861–1937) war Reichsaußenminister (1920/21) und Präsident des Reichsgerichts (1922–1929) gewesen.

47 Ein Löwenstein als US-Liaison-Officer ist nicht nachweisbar. Vermutlich gemeint: Hubertus Prinz zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg (1906–1984), nach Rückkehr aus der Emigration in den USA (1946) seit 1947 Dozent in Heidelberg, Gründer und Leiter (bis 1957) „Die Deutsche Aktion e.V.“ zur Erneuerung des Reichsgedankens.

Franzosen bewogen, von ihren eigenen nationalstaatlichen Ambitionen abzu-
sehen und sich der allgemeinen Politik anzuschließen.

1948 setzten die Besatzungsmächte einseitig auf die Länderregierungen. In deren Vertretern und nicht in den Vertretern der Parteien sah man die legitimen deutschen Sprecher. Schumacher sei von der Meinung beherrscht gewesen, daß diese Einstellung der Besatzungsmächte dislotive [sic!] Tendenzen berge, darum habe er stets den Anspruch vertreten, die Parteien seien die legitimen nationalen Sprecher. Dieser Anspruch Schumachers aber sei ständig auf den Widerstand der Länderregierungen und der Parlamente gestoßen. Darum seien Schumacher und Ollenhauer (Ollenhauer zunächst nicht) nicht in den Parlamentarischen Rat eingetreten, aus Protest, weil man von den Ländern her und nicht vom gesamten her zu handeln sich anschickte. Schumacher sei aber auch von der Meinung beherrscht gewesen: Wer die letzte Entscheidung zu treffen hat, darf nicht in der weichmachenden Konferenzatmosphäre sitzen.

Hermans: Diese Abneigung Schumachers gegen die Ländervertreter als legitime Exponenten des deutschen politischen Willens habe auch Adenauer geteilt. Hermans erinnerte sich der Bemerkung Adenauers auf dem Rittersturz: „Sind denn die Zaunkönige noch immer nicht fertig?“⁴⁸ An anderer Stelle habe er den Bundesrat als eine Versammlung der Oberregierungsräte bezeichnet.⁴⁹

Schmid: Im Parlamentarischen Rat hätten zuviele administrativ Denkende gesessen und zuwenige genuin Politische.

Clay [äußerte] 1948: Für mich sind die Länderchefs die legitimen Vertreter. Ich will keine Parteieninstanzen. Clay in einem solchen Zusammenhang zu Schumacher: Sie sprechen immer von Deutschland; das gibt es doch gar nicht.

Schmid: Die Alliierten wollten eine Nationalversammlung. Er habe stets nein gesagt: unter Besatzungsmacht darf es keine Nationalversammlung geben, das geht nicht, wir müssen sie bescheidener benennen.

Buchheim: Wollte man ein Staatsfragment, ein provisorisches?

Schmid: Nein, ein transitorisches, man wollte ein „Notdach für eine Zeit, die vorübergeht“. Heuss prägte den Ausdruck, die Bundesrepublik sei transitorisch, nicht provisorisch.

Strauß: Der Parlamentarische Rat machte eine Bewußtseinswandlung durch. Provisorisch? Schließlich wollte man doch das Bestmögliche machen. Für Adenauer aber waren Einzelheiten wurscht. Wie das im einzelnen aussah, war ihm egal. Hauptsache, man kann damit regieren.

48 Bei der Konferenz der Ministerpräsidenten auf dem Rittersturz bei Koblenz vom 7.–10. August 1948.

49 Dieses Zitat findet sich in „Die Zeit“ Nr. 4 vom 27. Januar 1949, S. 12.

Buchheim: Wenn man eine Einrichtung nur für den Übergang schaffen wollte, so hat man doch in das GG als Fremdkörper die Präambel und den Artikel 46⁵⁰ eingesetzt.

Schmid: Wir wollten ganz klar machen damit, daß es keinen westdeutschen Staat gibt.

Strauß: Niemand hat 1948 gedacht, daß es noch in 20 Jahren Teilstaaten geben würde.

Schmid: Damals haben wir doch alle geglaubt an die alles besiegende amerikanische Kraft, die auch die Sowjetunion in die Knie zwingen würde. Seit 1955, so Schmid, habe ich mich an die Weltlage angepaßt.

Reif: Suhr⁵¹ und Frau Schröder⁵² seien damals nur widerstrebend nach Herrenchiemsee gefahren. Sie seien der Überzeugung gewesen, daß dies die Teilung Deutschlands bedeuten würde. Deshalb seien alle Berliner Politiker gegen diese Beratungen gewesen, außer Reuter.

Schmid: Wir haben es (mir ist nicht mehr klar, welches „es“)⁵³ reingebracht, um unsere Scharfmacher zu befriedigen, ich erwähne Agartz.⁵⁴ Schmid weist auf die Bedeutung der Rolle hin, die die Berater für die alliierten Gouverneure spielten. Clay z. B. sei recht selbständig gewesen, hingegen McCloy⁵⁵ sehr abhängig von seinen Beratern.

Strauß antwortet auf Pikart auf dessen Hinweis, daß der Parlamentarische Rat nicht nur von Bedeutung für das Grundgesetz geworden sei, sondern auch für die politische Gesamtbildung der Parteien. Strauß meint, diese Feststellung bagatellisiere die Arbeit im Vereinigten Wirtschaftsgebiet. Die Resonanz des Wirtschaftsrates z. B. sei im Juni 1947 sehr groß gewesen. Diese Institutionen⁵⁶ hätten ja bereits den Parteien ein Zusammenwirken, wenn zuweilen auch antagonistisch, oberhalb der Länder in den Zonen gestattet.

Strauß: Gab es eine gesamtdeutsche Alternative? Er berichtet, daß Tillmanns,⁵⁷ Lenz⁵⁸ und Strauß im Okt./Nov. 1947 als Beobachter an der Wann-

50 Artikel 46 des GG beinhaltet die Frage der Immunität. Vermutlich gemeint: Artikel 79, nach dem eine Änderung des Grundgesetzes grundsätzlich möglich ist.

51 Otto Suhr (1894–1957), MdPR Berlin (SPD); vgl. FELDKAMP, *Der Parlamentarische Rat* (wie Anm. 13), S. 196.

52 Louise Schroeder (1887–1957), 1947–1949 Geschäftsführende Oberbürgermeisterin von West-Berlin, hat nicht an den Beratungen auf Herrenchiemsee (s. Anm. 40) teilgenommen.

53 Die in Klammern eingefügte Bemerkung stammt vom Protokollanten.

54 Viktor Agartz (1897–1964, SPD), 1946/47 Leiter des Zentralamts für Wirtschaft in der britischen Besatzungszone, 1948–1955 des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB in Köln.

55 John J. McCloy (1895–1989), Mai 1949–1952 US-Hochkommissar.

56 Gemeint: Wirtschaftsrat (Parlament), Länderrat und Verwaltungsrat (fünf Direktoren mit einem ‚Oberdirektor‘ an der Spitze) der Bizone in Frankfurt/M.

57 Dr. Robert Tillmanns (1896–1955), 1946/47 MdL Sachsen (CDU), seit Ende 1947 in West-Berlin, vgl. Ralf BAUS, in: BECKER, *Lexikon* (wie Anm. 10), S. 386f.

see-Konferenz teilgenommen hätten, die anscheinend auf sozialistische Initiative zusammentrat.⁵⁹ Schumacher habe daraufhin Paul Loebe rücksichtslos wegen seiner Teilnahme aus dem Parteirat hinausgeschmissen.⁶⁰ Jakob Kaiser habe behauptet, daß dieser Versuch einer gesamtdeutschen Alternative an der starren Haltung Schumachers gescheitert sei. Strauß: Rückblickend läßt sich nur feststellen: auch da lag keine Alternativmöglichkeit.

Strauß zu der Feststellung: Länder als konstitutive Faktoren. Es gab ja nur Länder als Partner der Alliierten. Vom Königsteiner Treffen gäbe es keine Aufzeichnungen.⁶¹ Man fragt, ob derlei nicht in den Nachlässen Tillmanns und Lenz stecken. Auch der noch lebende Gradl⁶² habe daran teilgenommen. Soll man vom deutschen Staat als Rechtskonstituante ausgehen? Man müsse doch die Hitlerzeit, so habe man damals gedacht, auch dadurch negieren, daß man einen ganz neuen konstitutiven Akt zur Staatsgründung setze. Man dürfe die Länderposition nicht nur national sehen. Man habe nie gedacht, daß dieses Staatswesen Dauer haben solle, sondern nur Modell in der Grundkonzeption für eine gesamtdeutsche Verfassung. Zur Quellenlage: der Ellwangen-Ent-

58 Zu Dr. Otto Lenz (1903–1957), Berliner CDU-Vertreter in der Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU; vgl. Günter BUCHSTAB, in: BUCHSTAB, *Christliche Demokraten* (wie Anm. 35), S. 344–52.

59 Gemeint ist eine Konferenz von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus allen Zonen und Berlin am 9. November 1947 in Berlin-Wannsee im Haus der ‚Gesellschaft der Freunde der Natur- und Geisteswissenschaften‘. Daran nahmen unter Leitung des bisherigen hessischen Ministerpräsidenten, des parteilosen Rechtsanwalts Karl Geiler, mehr als 50 Politiker der SED, CDU (Lenz, Ferdinand Friedensburg und Strauß) und SPD (Löbe) teil. Sie traten am Vorabend der Londoner Konferenz der Außenminister der vier Siegermächte (25. November bis 15. Dezember 1947) dafür ein, die wirtschaftliche Einheit Deutschlands zu schaffen und das deutsche Volk auch „politisch als Einheit“ zu behandeln. Vgl. dazu das Kapitel „Die Konferenz in Wannsee als letzter Versuch“ bei Ferdinand FRIEDENSBURG, *Es ging um Deutschlands Einheit. Rückschau eines Berliners auf die Jahre nach 1945*, Berlin 1971, S. 176–194.

60 Paul Löbe (1875–1967), MdPR für Berlin (SPD), wurde am 14. November 1947 der Vorsitz im Außenpolitischen Ausschuss der SPD entzogen. EBD. S. 193.

61 An der Konferenz der Landesvorsitzenden der CDU am 10. Juni 1948 in Königstein/Ts. hat Strauß nicht teilgenommen. Die dort verabschiedete Resolution zur Londoner Sechsmächte-Konferenz ist abgedruckt in: Brigitte KAFF (Bearb.), *Die Unionsparteien 1946 bis 1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden*, Düsseldorf 1991, S. 212–214. Auch an einem Treffen der Landesvorsitzenden der CDU am 22. Juli 1948 in Königstein hat Strauß nicht teilgenommen (Ebd. S. 227–233), wohl aber an der Konferenz der Vorstände der Arbeitsgemeinschaft und der Vorsitzenden der Landesverbände in Königstein am 20. April 1948. EBD. S. 234–243.

62 Johann B. Gradl (1904–1988), 1948–1965 Verleger der Berliner Tageszeitungen „Der Tag“ und „Der Kurier“; vgl. Klaus GOTTO, in: BECKER, *Lexikon* (wie Anm. 10), S. 256f.

wurf⁶³ sei sehr bedeutsam, er sei in Arbeit genommen worden kurz vor der Londoner Konferenz.⁶⁴

Er sei der Hauptverfasser gewesen, zusammen mit Brentano⁶⁵ (s. Nachlaß?). Es sei das einzige Mal zu der Zeit gewesen, daß man Verbindung mit der CDU der britischen Zone gehabt habe. Adenauer habe sein Mißfallen an diesem Entwurf geäußert. Der Ellwangen-Entwurf habe sich durchgesetzt außer hinsichtlich der Zustimmung des Bundesrats für alle Gesetze. Strauß meint, auch der Nachlaß von Peters⁶⁶ (der auf dem Weg von Dahlem nach Koblenz ist)⁶⁷ müßte für diese Dinge bedeutsam sein, mindestens für den Ellwangen-Entwurf. Menzel,⁶⁸ einer der führenden SPD-Verfassungspolitiker, sei mit seinem Entwurf⁶⁹ zum Teil konform mit dem Ellwanger Entwurf gewesen. Menzels Entwurf sei ursprünglich viel föderalistischer gewesen.⁷⁰

Strauß zur Organisation der Bundesbehörden: Er unterstreicht Adenauers Aversion gegen die Organisation des Vereinigten Wirtschaftsgebietes. Er habe diese als einen aufgeblähten Apparat geschmäht. Adenauer habe Pünder⁷¹ das Leben außerordentlich schwer gemacht, Zwischenträger hätten noch die Abneigung beider Männer gefördert. Die Zusammensetzung des Beamtenstabs des Vereinigten Wirtschaftsgebietes sei sehr ungünstig gewesen. Dieser Nachteil wirke sich noch heute bis ins Bundeswirtschaftsministerium aus. Aber man hätte in Bonn ohne diesen Apparat ja gar nicht anfangen können. Unter diesem Gesichtspunkt habe Adenauer sich schließlich nicht mehr gegen die Verwendung von Beamten des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in Bonn gestemmt.

Hermans bestätigt die Adenauersche Abneigung gegen die Frankfurter Verwaltung. – Uns beherrschte die Frage, wie man den Einfluß der deutschen

63 Vorschläge der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU „Grundsätze für eine Deutsche Bundesverfassung“ wurden auf der Tagung des Ellwanger Freundeskreises am 13. April 1948 in Bad Brückenau verabschiedet. Druck: Wolfgang BENZ (Hg.), *„Bewegt von der Hoffnung aller Deutschen“*. Zur Geschichte des Grundgesetzes. Entwürfe und Diskussionen 1941–1949, München 1979, S. 333–347.

64 Deutschland-Konferenz der drei Westmächte und der Benelux-Staaten in London (2. Session) vom 20. April bis 2. Juni 1948.

65 Heinrich von Brentano (1904–1964), MdPR Hessen (CDU); vgl. Roland KOCH (Hg.), *Heinrich von Brentano, Wegbereiter der europäischen Integration*, München 2004.

66 Hans Peters (1896–1966), Mitgründer der CDU in Hamburg, Staatsrechtler in Berlin, seit 1948 in Köln; vgl. Rudolf MORSEY, in: BUCHSTAB, *Christliche Demokraten* (wie Anm. 35), S. 393–369.

67 Der Nachlass befindet sich im Bundesarchiv in Koblenz.

68 Walter Menzel (1901–1963), Innenminister von Nordrhein-Westfalen, MdPR (SPD); vgl. FELDKAMP, *Parlamentarischer Rat* (wie Anm. 13), S. 102.

69 Druck des zweiten Menzel-Entwurfs („Grundgesetz“) vom 2. September 1948 in: BENZ, *„Bewegt von der Hoffnung aller Deutschen“* (wie Anm. 63), S. 391–410.

70 Erster Menzel-Entwurf („Westdeutsche Satzung“) vom 26. Juli 1948, EBD., S. 367–383.

71 Hermann Pünder (1888–1967), 1948/49 Oberdirektor des Vereinigten Wirtschaftsgebiets in Frankfurt/M.; vgl. Rudolf MORSEY, in: BUCHSTAB, *Christliche Demokraten* (wie Anm. 35), S. 397–402.

Politiker aus der französischen Zone in Bonn stärker zur Geltung bringen könne. Zu den Frankfurter Verhältnissen: der Grund der Adenauerschen Aversion gegen die in Frankfurt leitenden Leute hätte darin gelegen, daß er sie zwar als tüchtige Verwaltungsbeamte eingeschätzt habe, aber politisch als völlig insuffizient. Deshalb seine Sorge, diese Insuffizienten könnten politisch in Bonn maßgebend werden, z. B. Erhard.⁷²

Auswahl der Mitglieder des Parlamentarischen Rates in der französischen Zone auch unter dem Gesichtspunkt: Streuung des Sachwissens.⁷³

Strauß bezeichnete sich als Vater des Ausdrucks „Grundgesetz“. Man sah von der Inkompatibilität ab, weil unter den Politikern ja viele Beamte waren, die vor 1933 und nach 1945 politisch tätig waren. Der Beamtencharakter war recht oberflächlich. *Strauß* und *Menzel*, der eine CDU, der andere SPD, waren alte Referendarskollegen, die im Parlamentarischen Rat ausgezeichnet zusammenarbeiteten.

Kompromiß in der Krise März/April 1949. Zur innenpolitischen Vorstellung habe man denn doch zuviel hineingeheimnist. In allen diesen Dingen habe Heuss eine ganz große Rolle gespielt, weil er von allen Seiten hochangesehen war und deshalb in der Lage war, überall zu vermitteln.

Strauß zum Kirchenartikel: Der evangelische Held⁷⁴ und der katholische Böhler seien darin völlig konform gegangen, als absolute Verfechter des Elternrechts aufzutreten. In der Frage des Konkordats⁷⁵ sei es nicht zuletzt deshalb zu einer schroffen Auseinandersetzung gekommen, weil *Zinn*,⁷⁶ sonst sehr verbindlich, hier verbissen und grob argumentiert habe. Er, *Strauß*, habe die Kontroverse zwischen Adenauer und *Zinn* ausgeglichen.⁷⁷

In der Frage Bundesrat – Senat sei die CDU sehr gespalten gewesen. In der britischen Zone sei das Länderbewußtsein nicht so ausgeprägt gewesen wie in der US-Zone. Es habe keinen einheitlichen Bundesstaatsbegriff gegeben. Möglichkeiten

72 Ludwig Erhard (1897–1977), seit März 1948 Direktor für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebiets in Frankfurt/M., 1949–1963 Bundeswirtschaftsminister, 1963–1966 Bundeskanzler.

73 In Württemberg-Hohenzollern hätte die CDU neben *Binder* auch den zweiten Sitz für den Parlamentarischen Rat besetzen können. Auf Drängen des Staatspräsidenten *Gebhard Müller* (CDU) stellte sie einen Sitz der SPD (für *C. Schmid*) zur Verfügung. Vgl. *Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat. Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion*, eingekl. und bearb. von *Rainer SALZMANN*, Stuttgart 1981, S. 12f.

74 *Heinrich Held* (1897–1957), 1947–1957 Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland.

75 Gemeint: Reichskonkordat vom 20. Juli 1933. Für den hier angesprochenen Zusammenhang vgl. *Burkhard van SCHEWICK, Die katholische Kirche und die Entstehung der Verfassungen in Westdeutschland 1945–1950*, Mainz 1980, S. 105–109.

76 *Georg August Zinn* (1901–1976), MdPR Hessen (SPD); vgl. *FELDKAMP, Der Parlamentarische Rat* (wie Anm. 13), S. 198.

77 Wie Anm. 75.

- a) nicht vollständige Aufteilung der Gesetzgebungskompetenz, sondern konkurrierende,
- b) Ausführung der Gesetze durch Länder in Auftragsverwaltung,
- c) Länder als solche in einem Organ des Bundes vertreten.

Zu c): *Strauß*: Die Frankfurter Versammlung von 1848/49 sei auch gescheitert, weil sie dies nicht genügend berücksichtigt habe. Doch dies sei von allen CDU-Mitgliedern der britischen Zone nicht eingesehen worden.

Booms: In Süddeutschland sei das stärkere Staatsbewußtsein erhalten geblieben.

Strauß: Artikel 72, Abs. 2⁷⁸ sollte der Einschränkung der konkurrierenden Gesetzgebung dienen. Sei formuliert worden von Zinn, Strauß, Laforet⁷⁹ und Schmid, sei aber heute überflüssig.

Pikart: In der Presse der damaligen Zeit tauchten Überlegungen auf, wer die nächste Bundesregierung stellen soll. Wirkte sich dies nicht auf die Beratungen aus?

Strauß: In der CDU-Fraktion war man sich bewußt, aus den Wahlen wird die SPD als stärkste Partei hervorgehen. Deshalb würde es am besten sein, eine große Koalition zu bilden. Lediglich Adenauer habe weitergedacht. Er habe es fertiggebracht, blitzschnell alle kleineren Parteien unter einen Hut zu bringen. Auch da habe sich wieder gezeigt, daß sein Weitblick doch manchmal recht erstaunlich gewesen sei.

Adenauer in der Bundesratsfrage:

Binder: Adenauer war für einen Senat, der die Erfahrungen der älteren Politiker zusammenfasse. Zugleich liebäugelte er mit einer solchen Einrichtung, weil sie geeignet war zum Kaltstellen und zum Verschieben von unliebsamen Politikern. Aber in der Fraktion habe man die Konsequenzen nicht recht gesehen. Es hätten doch noch viel zu viele Vorstellungen vom alten kaiserlichen Bundesrat nachgewirkt, so habe man zuviel Bundespolitik in die Länderpolitik hineingetragen und das sei damals nicht gesehen worden.

Strauß: Über die Hälfte aller Gesetze ist schließlich zustimmungspflichtig durch den Bundesrat.

Reif: In der FDP sei die Neigung für den Senat groß gewesen. Die FDP habe auch lange daran festgehalten, außer ihm.

Binder: Weil kein Unterbau in der Bundesverwaltung dagewesen sei, sei der Bundesrat richtig gewesen. Zu der Frage, daß die Länder die konstitutiven

78 Artikel 72, Absatz 2 des GG behandelt das Gesetzgebungsrecht des Bundes im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung.

79 Wilhelm Laforet (1877–1959), Staatsrechtler in Würzburg, MdPR Bayern (CSU); vgl. FELDKAMP, *Der Parlamentarische Rat* (wie Anm. 13), S. 191.

Faktoren werden sollten: er habe sich damals als businesspromoter aufgefaßt, wer hätte es denn sonst tun sollen?

Hermans: Die Entstehungsgeschichte der CDU sei von Einfluß auf Adenauers Föderalismusstandpunkt geworden, sie habe einfach ein Trauma bei ihm verursacht. Es sei charakteristisch gewesen, daß in einer Düsseldorfer Sitzung Brentano habe sagen können: nachdem Adenauer wegen Teilnahme an einer Sitzung des Zweizonenrates verhindert ist, können wir wieder über den Föderalismus sprechen.⁸⁰

In der französischen Zone habe es zwei christlich-demokratische Parteien gegeben. In der Pfalz sei unter Berliner Einfluß eine CDU entstanden, die der Berliner Gründung, CDU Deutschland, nahegestanden habe.⁸¹

Eine zentrale Einflußnahme auf einzelne Landesparteien schien, außer bei der SPD, unmöglich. Die Landesfürsten in der CDU standen den Adenauerischen Ambitionen sehr entgegen.

Adenauer habe eine 2. Kammer als Gegengewicht zum Bundestag haben wollen, zu einem Bundestag, der, als von der SPD beherrscht, erwartet wurde. In der französischen Zone habe man das Senatsprinzip nicht für ausreichend angesehen. Man habe Adenauer davon überzeugt, daß ein solcher Senat ja nur ein Spiegelbild des Bundestags sein könne. Das habe Adenauer zwar eingesehen, aber er habe beim Bundesrat befürchtet, daß er so mächtig werde wie im alten Kaiserreich, und das habe ihm nicht gepaßt. Schmid und Adenauer hätten dann beide gemeinsam versucht, den Bundesrat von allzu starker Einflußnahme auf die Bundespolitik fernzuhalten. Adenauer habe immer gedacht, der Bundesrat kann sich ja beim ersten Gesetzesdurchgang ganz allgemein dazu äußern. Er habe aber nie gemeint, daß sich der Bundesrat sehr intensiv um die Bundesgesetze kümmern solle.

Die Sitzung wird [am Nachmittag] fortgesetzt mit dem Referat von Professor Morsey, „Die Rolle Konrad Adenauers im Parlamentarischen Rat“.

Morsey stellt einleitend fest, daß bisher keine kritische Adenauer-Biographie vorgelegt worden sei. Morsey möchte in seinem Referat behandeln:

1. Aus welchen Gründen wurde Adenauer Präsident des Parlamentarischen Rates?
2. Wie hat Adenauer sein Amt geführt?
3. Welche Ziele hatte Adenauer diesem Amt für sich und seiner Person darin gesetzt?
4. Wie weit hat Adenauer seine Vorstellungen durchsetzen können?

⁸⁰ Nicht ermittelt.

⁸¹ Vgl. Anne MARTIN, *Die Entstehung der CDU in der Pfalz*, Mainz 1995.

Zu 1: Adenauer, Mitglied einer der beiden großen gleichstarken Fraktionen, zweitältestes Mitglied der Versammlung, bekannter Weimarer Politiker. Durchschnittsalter der Versammlung 55,3 Jahre. Adenauer wohnte in der Nähe Bonns. Bonn Tagungsort. Arnold⁸² und Menzel, der eine CDU, der andere SPD, wünschten Düsseldorf als Tagungsort, um damit den französischen Ruhrgebietsambitionen einen Riegel vorzuschieben. Adenauer war nicht mehr beruflich tätig. Als Exponent der nordrhein-westfälischen CDU war er, im Unterschied zu anderen Parteiführern wie Schumacher, Ehard,⁸³ Blücher,⁸⁴ eben Mitglied des Rates geworden.

Morsey fragt: warum haben die SPD-Abgeordneten, die Gegenspieler, Adenauers Wahl zum Präsidenten des Parlamentarischen Rates zugestimmt? Er hebt hervor, Adenauer besaß a) parlamentarische Erfahrung, b) befand sich in einem Alter, das für die Besetzung von Ämtern ihn nicht mehr in Frage zu kommen lassen schien, c) der SPD war der Vorsitz im Hauptausschuß wichtiger. Sie betrachtete den Präsidenten als einen Ehrenvorsitzenden und freute sich, auf diese Weise den unbequemen ‚alten Nörgler‘ kaltgestellt zu haben. Die CDU unterstützte die SPD bei diesen Bestrebungen, denn auch sie wollte aus ähnlichen Gründen Adenauer von der konkreten Arbeit fernhalten und zog das Argument vor, daß er in seinem Alter entlastet sein müsse. Adenauer stimmte zu. Er duldete sogar, daß Pfeiffer⁸⁵ von der CSU Vorsitzender der Gesamtfraktion der CDU/CSU wurde. Adenauer hat nie mit Rücktritt gedroht. Er hat immer hartnäckig daran festgehalten, mochte man ihm auch noch so viele Mißtrauensbezeugungen entgegenbringen. Die SPD kam somit durch ihre Zustimmung, daß Adenauer zum Präsidenten gewählt wurde, dessen Ambitionen entgegen.

Hieran knüpft sich eine Diskussion an.

Schmid: SPD legte im Parlamentarischen Rat den Akzent auf dessen legislative Tätigkeit. Darum strebte sie den Vorsitz im Hauptausschuß an, wo reale Möglichkeiten bestanden, auf das Ergebnis der Beratungen des Parlamentarischen Rates maßgebend Einfluß zu nehmen. Adenauer hingegen wußte eben besser,

82 Karl Arnold (1901–1958), 1947–1956 Ministerpräsident von NRW (CDU); vgl. Rudolf UERTZ, in: BUCHSTAB, *Christliche Demokraten* (wie Anm. 35), S. 90–93.

83 Hans Ehard (1887–1980), 1946–1954 und 1960–1962 Ministerpräsident von Bayern, 1949–1955 Vorsitzender der CSU; vgl. Karl-Ulrich GELBERG, in: BECKER, *Lexikon* (wie Anm. 10), S. 226f.

84 Franz Blücher (1896–1959), Mitgründer der FDP und 1949–1954 deren Vorsitzender.

85 Anton Pfeiffer (1888–1957), MdPR Bayern (CSU), Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Parlamentarischen Rat; vgl. Karl-Ulrich GELBERG, in: BECKER, *Lexikon* (wie Anm. 10), S. 342f.

was Macht ist, dachte politischer. Adenauer wußte, daß er als Präsident der Kontrahent der Besatzungsmächte sein würde und das verlieh Prestige.

Strauß: Die SPD stellte doch, nahm man die Berliner Abgeordneten hinzu, die stärkste Fraktion.⁸⁶ Die CDU habe sich damals immer gewundert, warum die SPD für den Posten des Präsidenten nicht Löbe vorschlug.

Schmid antwortete, Löbe sei ein zu bescheidener Mensch gewesen, zu sehr von christlicher Demut erfüllt, und deshalb sei er der SPD zu wenig wirkungsvoll erschienen.

Strauß: Die CDU hinwiederum habe damals nicht gewünscht, daß Adenauer Vorsitzender der Gesamtfraktion werde. Sie habe befürchtet, von ihm überfahren zu werden, so wie man es oft in der rheinischen CDU erfahren hatte, darum war sie froh, Adenauer auf den Präsidentenposten abzuschieben.

Schmid: Wir, die wir mehr von administrativem Denken erfüllt waren, schauten zu, wo und an welcher Stelle anständige Arbeit zu leisten war. Adenauer hingegen hielt Ausschau nach dem Turm, von dem aus er leuchten konnte.

Strauß erinnert sich, daß Adenauer zur ersten Sitzung der CDU-Fraktion des Parlamentarischen Rates für die britische Zone in doppelter Besetzung erschien, dies damit erklärte, daß man ja Ersatzleute gleich zur Hand haben müsse, falls jemand ausfalle.⁸⁷ Damit habe er sich außerordentlich mißliebig gemacht.

Schmid: Schumacher sah alles nur unter dem Aspekt britische Zone, Adenauer ebenfalls. Damit ernteten beide in ihren Gesamtfractionen ein gewisses Maß an Animosität. Schmid erinnert sich, im Zuge der Auseinandersetzung zwischen Adenauer und Jakob Kaiser 1948 die Charakteristik Kaisers durch Adenauer gehört zu haben, daß dieser „nicht die nötige politische Brustweite besitze“.

Binder erinnert sich, daß Adenauer Hermes⁸⁸ sehr angegriffen habe und daß er, Binder, Adenauer mit der Parole zu Hilfe gekommen sei, daß es unmöglich sei, einen Vorsitzenden zu haben, der aus der SBZ stamme. Er erinnert sich

86 Die Fraktionen der CDU/CSU und der SPD bestanden aus jeweils 27 Mitgliedern. Hinzu kamen (mit beratender Stimme) 5 Delegierte aus Berlin, von denen 3 der SPD, 1 der CDU (J. Kaiser) und 1 der FDP (H. Reif) angehörten.

87 Adenauer war mit seinem Versuch gescheitert, im Plenum und in den Ausschüssen des Parlamentarischen Rates auch Stellvertreter zu beteiligen nach dem Muster des Preußischen Staatsrats der Weimarer Republik. Vgl. SALZMANN, *Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat* (wie Anm. 73), S. 8f.

88 Andreas Hermes (1878–1964), Mitgründer und Vorsitzender der CDU in Berlin und in der SBZ bis Dezember 1945, 1947–1949 Mitglied des Wirtschaftsrats in Frankfurt/M.; vgl. Rudolf MORSEY, in: BUCHSTAB, *Christliche Demokraten* (wie Anm. 35), S. 240–247. – Zu den Angriffen auf Hermes vgl. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft vom 5./6. Februar 1947 in: KAFF, *Die Unionsparteien 1946 bis 1950* (wie Anm. 61), S. 45, 50, 57.

weiter des Ausspruchs von Kaiser, wonach Adenauer nur deshalb gegen ihn eingestellt sei, weil er aus der Arbeiterschaft stamme.

Schmid: Schumacher hat die damalige politische Situation offensichtlich ganz falsch eingeschätzt. Er glaubte, nur die Parteiführer könnten mit den Alliierten richtig sprechen. Er habe dabei die Position der Ministerpräsidenten völlig unterschätzt.

Zu 2: *Morsey* beantwortete seine Frage, wie Adenauer sein Amt als Präsident geführt habe, mit der Feststellung, daß er ihm durchaus gewachsen gewesen sei. Wenn Kritik aufkam, so sei sie stets von politischen Entscheidungen hergekommen. Bei der Eröffnung des Parlamentarischen Rates habe Adenauer die jugendliche Frische des Alterspräsidenten Schönfelder⁸⁹ von der SPD auffallend herausgestrichen,⁹⁰ wozu gewußt werden muß, daß Adenauer nur wenige Monate jünger war. Zugleich strich er die Freiheit des Parlamentarischen Rates heraus a) gegenüber den Besatzungsmächten, b) gegenüber den deutschen Ministerpräsidenten. Dann drang er schnell zur Aufnahme der praktischen Arbeit.

Adenauer sei ein hervorragender Parlamentarier gewesen. Dafür bot *Morsey* verschiedene Beispiele. Adenauer erkannte von Anfang an die politischen Möglichkeiten seines Amtes. Adenauer wurde der natürliche Sprecher der Deutschen vor den Alliierten, und er benutzte dies, um ständig die Stellung der Bundesrepublik im westlichen System und im Kalten Krieg anzuweisen.

Zwistigkeiten mit Alliierten. a) Frankfurter Affäre:⁹¹ ihr wesentlicher Inhalt ist der Vorwurf, Adenauer habe im Dezember⁹² 1948 sich nicht beschränkt darauf, die ihm vom Parlamentarischen Rat aufgetragenen Beschwerden vor den Alliierten vorzubringen, sondern er habe Meinungsäußerungen von sich gegeben, um sie als Erfolg für den CDU-Einsatz zu verbuchen. Adenauer habe am 16./17. Dezember 1948⁹³ Blücher den Vorwurf gemacht, die FDP tendiere eindeutig zur SPD, was diese wieder zu einer Rückwendung veranlaßte.

Schmid: Schumacher sei niemals Nationalist gewesen, sondern ein patriotischer Mann. Die Frankfurter Affäre sei am 5. Januar 1949 beigelegt worden. Schumachers Ambition, Adenauer bei dieser Gelegenheit abzuschießen, sei fehlgegangen.

89 Adolf Schönfelder (1875–1966), MdPR Hamburg (SPD), vgl. FELDKAMP, *Der Parlamentarische Rat* (wie Anm. 13), S. 195.

90 In der ersten Plenarsitzung des Parlamentarischen Rates hatte Adenauer, nach seiner Wahl zum Präsidenten, die „jugendliche Frische und Stärke“ Schönfelders unterstrichen. *Der Parlamentarische Rat* (wie Anm. 29), Band 9: *Plenum*, bearb. von Wolfram WERNER, München 1996, S. 11.

91 Zur „Frankfurter Affäre“ Dezember 1948/Januar 1949 vgl. FELDKAMP, *Der Parlamentarische Rat* (wie Anm. 13), S. 119–127.

92 Im Text irrtümlich: „September“.

93 Im Text irrtümlich: „September 1948 (oder 1949)“.

Zweite Krise: verursacht durch das Nein der SPD vom 20.4.1949.⁹⁴ Schumachers Devise: Eher lassen wir die ganze Sache scheitern, als daß wir das GG auf den Druck der Alliierten hin noch einmal umarbeiten.

Schmid betont, daß Schumacher diese Haltung im Nichtwissen um die alliierte Konzessionsbereitschaft eingenommen habe. Adenauer stattdessen sei bereit gewesen, die alliierten Forderungen hinzunehmen, um auf jeden Fall ein Grundgesetz zu erreichen. Drei Monate später erst versuchte er, das nationale Selbstbewußtsein der SPD zu torpedieren. Er behauptete, die SPD sei vorher informiert gewesen.⁹⁵

Morsey stellt fest, daß es Beweise für wie Beweise gegen diese Behauptung Adenauers gebe. Gerüchte habe es im Parlamentarischen Rat ständig gegeben. Die Motive dazu hätten darin gelegen, daß diese oder jene Partei bzw. diese oder jene Parteigruppe versucht habe, ihre Ambitionen jeweils mit Hilfe der Alliierten von hintenherum durchzusetzen. Ein Hauptvorwurf sei zum Beispiel gewesen, die CSU versuche, ihre föderalistischen Ambitionen mit Hilfe der französischen Besatzungsmacht durchzusetzen.

Adenauer, begünstigt durch sein Präsidentenamt, war weit über das hinausgewachsen, was die SPD ihm zuzumessen bereit gewesen war. Durch seine Stellung und durch seinen Rang, den er sich erworben hatte, dürfte man ihm einen gewichtigen Beitrag zum Zustandekommen des Grundgesetzes beilegen.

Schmid: Adenauers Beitrag zum materiellen Inhalt des Grundgesetzes war äußerst gering. Es interessierte ihn auch gar nicht, ihn interessierte nur die Schaffung eines regierungsfähigen Instrumentes. Wenn aber Kontroversen aufgetreten seien, dann habe es an großartigen Versuchen seinerseits nicht gefehlt, praktische Lösungen zu erkennen und die Streitenden darauf hinzuführen. Adenauer habe eine Weile die Idee getragen, in Bonn lediglich einen politischen Kopf von 200 bis 300 Leuten zu schaffen, während die Ämter in Frankfurt belassen bleiben sollten.⁹⁶

Schmid: Adenauer war ein Politiker von Geblüt, die anderen waren es nicht. „Besatzungsstatut“, das ist die eigentliche Verfassung. Die Atlantikorganisations-Verträge sind ein Stück dieser Verfassung. Ich habe lange danach ge-

94 Parteitag der SPD am 20. April 1949 in Hannover. Vgl. FELDKAMP, *Der Parlamentarische Rat* (wie Anm. 13), S. Lf.; SALZMANN, *Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat* (wie Anm. 73), S. 488–494.

95 In seiner Rede am 21. Juli 1949 in Heidelberg bei der Eröffnung des Wahlkampfes für die Wahl zum Ersten Deutschen Bundestag am 14. August 1949. Druck in: Konrad Adenauer, *Reden 1917–1967. Eine Auswahl*, hg. von Hans-Peter SCHWARZ, Stuttgart 1975, S. 144f.

96 Vgl. dazu Rudolf MORSEY, *Personal- und Beamtenpolitik im Übergang von der Bizonen- zur Bundesverwaltung (1947–1950)*, in: DERS. (Hg.), *Verwaltungsgeschichte. Aufgaben, Zielsetzungen, Beispiele*, Berlin 1977, S. 207f.

strebt, das Grundgesetz als einen Teil des Besatzungsstatuts deklarieren zu lassen.

Die Alliierten wollten dies nicht, sie wollten mit dem Grundgesetz die Verantwortung von sich abwälzen. Ich habe mich dagegen gewehrt und immer betont: So lange ihr die Macht behaltet, müßt ihr auch das Passiv-Saldo tragen.

Buchheim: Adenauer und die schließlich auf ihn eingestellte CDU wollten die Verhältnisse Schritt um Schritt verändern. Schumacher, und mit ihm die SPD, wollten schlagartig von heute auf morgen andere, bessere Verhältnisse schaffen.

Schmid gesteht, daß dies ein Ausfluß des Schumacherschen ungeduldigen Rigorismus gewesen sei. Schmid: Ich habe unter Schumacher schwer gelitten.⁹⁷ In meiner Partei war ich oft sehr allein.

Noch einmal wird über den April 1949 debattiert, über die starre Haltung der SPD. Man geht von der Hypothese aus, daß der Grund dieser plötzlichen Versteifung nicht in der Information durch die englische Labourregierung gelegen habe. Man fragt Schmid: Welches war denn dann der Anlaß der plötzlichen starren Haltung?

Schmid: Es war keine *plötzliche* starre Haltung. Es war vielmehr so, daß sich allmählich die Erkenntnis durchsetzte, wenn dem alliierten Einspruch jetzt wiederum nachgegeben wird, dann erhalten wir einen Staatenbund, mit dem man nicht regieren kann. Der CDU hingegen möge das zu diesem Zeitpunkt ja vielleicht gefallen haben.

Hermans: In der CDU herrschte die Meinung, je stärker die SPD den Bund beherrscht, um so mehr muß man die Länder, die wir wahrscheinlich mehrheitlich beherrschen werden, mit Einspruchsmöglichkeiten ausstatten.

Schmid: Eine Version, die der SPD von heute natürlich nicht mehr unbekannt ist. Er erinnert an einen Ausspruch Zinns: Seid doch froh, daß der Bundesrat so stark ist, dann habt ihr in den Ländern doch immer noch unsere Sperrminorität im Bundesrat.

Der Bewertungsunterschied zwischen der CDU und der SPD hinsichtlich der Stärke der Stellung des Bundesrates sei nicht einmal auf das eine Lager hier und das andere Lager dort verteilt gewesen. Der Bewertungsunterschied habe sich durch die Parteien hindurch gezogen. Sozialdemokraten, die in Länderregierungen saßen, seien für schwache Bundesfinanzen gewesen und umgekehrt. Und genauso habe es sich auch bei der CDU verhalten.

97 Am 18. September 1949 zitierte Heinrich Troeger (SPD) folgende Äußerung von Schmid: „Er erlebe täglich mehrere Male, daß er sich wie ein von Schumacher geprügelter Hund vorkomme und vor der Frage stünde, ob er nicht alles hinwerfen solle.“ Heinrich TROEGER, *Interregnum. Tagebuch des Generalsekretärs des Länderrats der Bizone 1947–1949*, hg. von Wolfgang BENZ und Constantin GOSCHLER, München 1985, S. 138.

Zur Frankfurter Affäre:

Schmid: In der SPD verbreitete sich das Gerücht, Adenauer habe sich einverstanden erklärt mit den Vorstellungen der Alliierten. Daraufhin habe die SPD die Beschwerde vorgebracht, daß Adenauer als Präsident ohne Zustimmung der Fraktionen handle, was unmöglich sei. Adenauer sei dabei von der Tendenz beherrscht gewesen, rasch mit den Beratungen zu Ende zu kommen, damit man regieren könne.

Wir waren der Meinung, daß man das so lange nicht könne, als man sich über die Grundprinzipien nicht einig sei. Wir waren die Legalisten. Adenauer vertraute darauf: Ich werde schon damit fertig.

Wir dachten mehr als Verwaltungsleute, im administrativen Denken befangen, Adenauer politisch. Wir verkörperten den Typus des Verwaltungsbeamten, Adenauer hingegen den des liberalen Pragmatikers: Schon mit einem Minimum an Legalität kann man viel machen.

Hermans: Man muß sich vor Augen halten, daß Adenauer zu dem Zeitpunkt schon ein volles Leben als reiche Erfahrung hinter sich gebracht hatte, und zwar vornehmlich als OB von Köln. Er besaß bereits die Erfahrung, daß er noch kein Projekt vertreten habe, das von vornherein Zustimmung gefunden habe. Immer habe er seine Projekte unter unendlichen Krisen und mit zahllosen Kniffen durchsetzen müssen. Das habe ihm die Erfahrung verschafft: Die Leute schreien immer, man kann tun und vorschlagen, was man will, hinterher sind sie's immer zufrieden, entscheidend ist, daß man sich durchsetzt.

Schmid: Schon bei Antritt des Parlamentarischen Rates habe Adenauer bei den Mitgliedern, und das sei unabhängig von der Parteizugehörigkeit gewesen, in dem Geruch gestanden: Dem kann man alles zutrauen.

Zu 3: Über Adenauers Ziele stellt *Morsey* fest: Von Anfang an sei Adenauer kompromißlos für die Gründung eines Weststaates eingetreten. Es sei eine Konzeption, die schon früh in den zwanziger Jahren entstanden sei unter folgenden Motiven:

1. Deutschland muß heraus aus der Isolierung unter Anlehnung an den Westen.
2. Deutschland bedarf der übernationalen Bindungen an den Westen.
3. Es muß einen deutsch-französischen Ausgleich geben.
4. Innenpolitische Voraussetzungen: a) Zerschlagung Preußens, b) der Schwerpunkt muß von Berlin nach dem Westen verlegt werden. Konsequenz sowohl 1920 als auch 1948/49: Man darf die Sicherheit Westdeutschlands nicht wegen der nationalen Einigung aufs Spiel setzen. Adenauer sei überzeugt gewesen, daß sich das Rumpfdeutschland wirtschaftlich schnell erholen würde.

Für die Innenstruktur habe Adenauer weniger präzise Vorstellungen besessen, er sei kein Föderalist gewesen, wie die CSU oder wie Süsterhenn⁹⁸ bei der CDU. Adenauer habe erstrebt einen dezentralisierten Bundesstaat. Eine Weile habe er einer Dreiteilung nachgestrebt: Weststaat, Nordstaat, Oststaat. Adenauer habe die Bildung von Nordrhein-Westfalen sehr begrüßt, wobei er allerdings mehr an eine Verbindung vom Rheinland, von Westfalen und von der Rheinpfalz gedacht habe. Adenauer habe zu Anfang das Besatzungsstatut anstelle eines Grundgesetzes gefordert, um keinen deutschen Politiker wieder diskreditieren zu lassen, wie nach Versailles.

Adenauer wußte, daß man dieses Ziel mit Sicherungen ausstatten müsse, die nur von den Alliierten zu erreichen waren. Briten und Franzosen kannte er von früher her. Allmählich gewann er das Vertrauen in Washington und London, wobei er sich auf den antipreußischen Duktus und auf den Antikommunismus stützte. Schon früh wuchs in ihm ein besonderes Vertrauen auf die USA, insbesondere auf ihren Vertreter Clay. Adenauer wird beherrscht von der Vorstellung: Isolierung und Machtlosigkeit muß man, so schnell es geht, beenden. Für dieses Ziel war er darum unendlich kompromißbereit. Vieles von dem, was er gewollt hat, hat er allerdings auch nicht durchgesetzt.

Morsey: Je stärker Adenauer Gewißheit gewann, daß die CDU die Wahlen gewinnen würde, um so mehr bemühte er sich, die Stellung des Bundes gegenüber den Ländern zu stärken.

Schmid: Angesichts der Alternative: gesicherter Weststaat oder national gefährdete Einheit bildete sich bei Adenauer am ehesten und am prononciertesten heraus: Föderation des Westens auf Gedeih und Verderb.

Schmid zur Charakterisierung Adenauers im Hinblick auf sein Angebot der militärischen Wiederbewaffnung: Adenauer war ein Gendarmist, kein Militarist. Er strebte Schutz und Ordnung an, aber er hatte keine spezifische Freude an militärischen Dingen. Die Gegenmeinung zu Adenauer vertrat den Standpunkt: Man muß einiges um der nationalen Einheit willen riskieren; denn ein geteiltes Deutschland bleibt eine permanente Gefahr für Europa und für die Deutschen selbst. Deshalb ist eine Stellung besser zwischen den Fronten, in der man sich von Fall zu Fall entscheidet. Diese Haltung habe zum Beispiel der General Speidel,⁹⁹ ein Freund von Schmid, der mehr bei Schumacher als bei Adenauer zu der Zeit gewesen sei, vollauf geteilt. Schumacher war der Meinung: Man braucht Macht, man muß sich verteidigen können.

Schmid betont noch einmal: Adenauer, Schumacher, er selbst und viele andere seien dem Irrtum verfallen, die USA ist der starke Hort der Welt, mit

98 Adolf Süsterhenn (1905–1974), MdPR Rheinland-Pfalz (CDU); vgl. Franz-Josef HEYEN, in: BECKER, *Lexikon* (wie Anm. 10), S. 383.

99 Hans Speidel (1897–1984), General a.D., militärischer Berater von Bundeskanzler Adenauer.

den USA erreichen wir, was wir wollen. Das habe oft entscheidend die politische Richtung bestimmt.

Zu Adenauers Westentscheidung *Buchheim*: Adenauers Motiv war nicht nur der Antikommunismus, es war auch ein tief verwurzeltes Mißtrauen gegen negative Möglichkeiten des deutschen Volkes.

Schmid: Bezüglich des deutsch-französischen Ausgleichs war Adenauer etwas wie ein rationaler Romantiker.

Binder behauptet: Adenauer entschied sich meistens instinktiv. Hinterher erst sammelte er dafür die Argumente.

Morsey zu Punkt 4: Wie weit hat Adenauer seine Vorstellungen im Parlamentarischen Rat durchsetzen können? Nach der Zerschlagung Preußens und der Neugliederung dieser Gebiete war die Verlagerung nach Westen ohne sein Zutun zustande gekommen. Die Institution Bundespräsident hatte er durchgesetzt. Unterlegen war er in der Wahlrechtsgestaltung und in der Schaffung einer zweiten Kammer. Für Adenauer war zuweilen die Erhaltung der Fraktionseinheit mit der CSU wichtiger als das Durchsetzen von Sachfragen, z. B. bezüglich der zentralen Bundesfinanzverwaltung. Adenauer fielen deshalb Kompromisse mit der SPD leicht, weil er beherrscht war von dem Ziel, das Grundgesetz schnell und mit breiter Mehrheit zu verabschieden. Adenauer ging dabei nicht von der Voraussetzung aus, die SPD wird stärkste Partei. Hauptziel Adenauers: den Parlamentarischen Rat zum Erfolg zu führen, sich selbst zur nationalen Figur und zur internationalen Figur herauszuarbeiten auf Kosten sowohl der Länderchefs als auch Schumachers.

Morsey gibt ein kleines Schlaglicht für Adenauers taktische Einstellung: Am 12.4.1949 erklärte er vor dem Parlamentarischen Rat etwa folgendes: Bei der Vorstellung, welche Aufgaben die neue Bundesregierung am Tage ihres Amtsantritts vorfindet, kann man diese Herren nur zutiefst bedauern.¹⁰⁰ Er sprach dies sicherlich in der Hoffnung, daß es die anderen, die nach dieser Macht – wie er – strebten, ordentlich erschrecke.

Schmid behauptet, das konstruktive Mißtrauensvotum, die sogenannte „Kanzlerdemokratie“, sei seine Erfindung. Er habe das konstruktive Mißtrauen geschaffen, weil er sich an die ständigen Parlamentsauflösungen in Weimar und an die Rechte des Reichspräsidenten erinnert habe. Es sei das Antiplebiszitäre gewesen, was ihn dabei getragen habe, es beherrsche ihn noch heute. Er träte zwar für ein Referendum ein, allerdings nur in Gemeindeangelegenheiten,

100 In einer Besprechung des Präsidiums des Parlamentarischen Rates, des Ausschusses für das Besatzungsstatut und der Fraktionsführer mit Ministerpräsidenten am 12. April 1949. *Der Parlamentarische Rat* (wie Anm. 29). Band 4: *Ausschuss für das Besatzungsstatut*, bearb. von Wolfram WERNER, Boppard 1989, S. 101.

jedoch niemals in grundlegenden Fragen der Politik. Er rechtfertigte sich dabei mit der bekannten Neigung der Deutschen zu emotionalen Reaktionen.

Schmid: „In der Krise leben, ist das Schicksal der Demokratie.“ Deutsche meinen immer, Meinungsverschiedenheiten seien gleich Krise. Man werfe der großen Koalition vor, daß sie so oft gestritten habe und dann wieder zusammen gekommen sei, doch sie sei ja zusammengekommen im Bewußtsein der gemeinsamen Verantwortung.

Schmid an anderer Stelle: „Bürokratie läßt sich von politischer Führung nicht trennen.“

Adenauers Gedanken durchzieht eine ganz bestimmte Kontinuität: Was ist am besten, um regieren zu können? So handelte er mal so, mal anders. Das ist nicht Wankelmut! Adenauer war Pragmatiker, kein Spekulant. Die alliierten Pläne verwandelten sich im Laufe der Zeit sehr.

Hermans: Bei den Länderbildungen nach 1945 sei die deutsche Seite von dem einen Gedanken beherrscht gewesen: Keinen Staat bilden, der ausschließlich westlich des Rheins liegt, um nicht die Annektierungslust der Franzosen zu entfachen. Bezeichnenderweise hätten die Franzosen ein Land vorgeschlagen, das von Kleve bis Germersheim reichen sollte, dessen Ostgrenze die Mitte des Rheinstroms bilde.

Schmid: Alliierte [hätten] erkannt, mit der Lähmung des deutschen Wirtschaftspotentials hat man die Kapazität des Westens gelähmt. Also belebt man die deutschen Potentiale wieder und die Deutschen können keine Politik darauf gründen, weil man dieses Potential europäisiert.

Buchheim: Dann waren die Grundlinien der Adenauerschen Politik ja genau richtig.

Schmid: Ich war auch dafür. Aber ich verhielt mich lange vorsichtig, die deutsche Wiedervereinigung sollte dadurch nicht gefährdet werden. Bei der Gründung der Bundesrepublik gingen ideologische, wirtschaftliche und weltpolitische Konzeptionen und Motive zusammen.

Adenauer war nicht prinzipiell gegen Verstaatlichung eingestellt. Aber er habe, wie andere auch, gewußt, wenn free enterprise aufhöre, daß man sich dann den massiven Widerstand der Vereinigten Staaten zuziehe. Auch sei sicherlich die CDU der britischen Zone zum Teil auch für Verstaatlichung zeitweilig eingetreten, um gut Wetter bei der Labour-Regierung zu haben.

Schmid in irgendeinem Zusammenhang: „Ich war immer der Meinung, daß es gut für die Welt ist, daß es Deutschland gibt!“

Es folgte dann noch der Vortrag von Mr. Spotts über das Elternrecht und die Konkordatsfrage in den Beratungen des Parlamentarischen Rates,¹⁰¹ wozu ich keine Mitschriften mehr fertigte.

Mit diesem Referat endete der wesentliche Teil der Sitzung.¹⁰²

Zum Abschluss der Tagung fassten die Teilnehmer den „Vorsatz“, diese „sachkundigen Befragungen von Zeitgenossen zu wiederholen“. Am 19. Februar 1970 wählte das Kuratorium, auf Vorschlag von Heinrich Krone, Ministerialdirektor a.D. Dr. Horst Osterheld und Prof. Rudolf Morsey als Mitglieder des Beirats¹⁰³, der bereits im August 1969 beiden Vorschlägen zugestimmt hatte.¹⁰⁴ 1977 begann die Abfolge der „Rhöndorfer Gespräche“ der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, die seitdem regelmäßig fortgesetzt und jeweils dokumentiert worden sind. 2007 erschien der 22. Band „Adenauers Moskaubesuch 1955“.¹⁰⁵

101 Zu dem Kurzreferat von F. Spotts hieß es in dem in Anm. 8 zitierten Tagungsbericht von F. K. FROMME: Spotts habe sich mit den „heute seltsam aufgebläht anmutenden Kontroversen im Parlamentarischen Rat“ beschäftigt. Dabei hätte sich „auf eindrucksvolle Weise bestätigt, wie wenig Konrad Adenauer das Etikett des ‚klerikalen‘ verdient“.

102 Ein überarbeiteter Text meines Referats erschien in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 18 (1970), S. 65–94, eine weiter ergänzte Fassung – unter erstmaliger Einbeziehung der Protokolle der Sitzungen der CDU/CSU-Fraktion des Rates – in: Klaus GOTTO/Hans MAIER/Rudolf MORSEY/Hans-Peter SCHWARZ, *Konrad Adenauer. Seine Deutschland- und Außenpolitik 1945–1963*, München 1975, S. 38–96.

103 ACDP 01-070-070/3, NL Globke.

104 Das hatte Lücke am 12. August 1969 Dr. Paul Adenauer (1922–2007) mitgeteilt; ACDP 01-077-182, NL Lücke.

105 Hg. von Helmut ALTRICHTER, Bonn 2007.